

Hansestadt Rostock

Bürgerschaft

N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Ortsbeirates Gartenstadt/Stadtweide

Sitzungstermin: Donnerstag, 05.03.2015
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:00 Uhr
Ort, Raum: Großer Konferenzraum Christophorusgymnasium, Groß Schwaßer Weg 11, 18057 Rostock

Sitzungsteilnehmer:

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Armin Zimmermann DIE LINKE.

reguläre Mitglieder

Dr. Galina Koch	Rostocker Bund/ Graue/ Aufbruch 09	
Dietrich Külper	CDU	
Dr. Silvia Schmidt	DIE LINKE.	
Robert Nagy	CDU	entschuldigt
Peter Drecoll	SPD	
Andreas Meindl	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
Rainer Bauer	UFR/ FDP	entschuldigt
Sonja Schweinitz	AfD	

Verwaltung

Steffen Bockhahn	Senator für Jugend und Soziales, Gesundheit, Schule und Sport
Thomas Wiesner	Ortsamt West
Sigrid Sachtleber	Ortsamt West
Andreas Rieck	Kommunaler Eigenbetrieb Objektbewirtschaftung und -entwicklung
Nico Seefeldt	KOE

Gäste

Grenzdörfer Kontaktbeamter Polizei

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungen der Tagesordnung

- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.02.2015
- 4 Anträge
 - 4.1 Dr. Steffen Wandschneider für die Fraktion der SPD
Mietpreisanstieg in Rostock gesetzlich begrenzen
Vorlage: 2015/AN/0629
 - 4.2 Mietpreisanstieg in Rostock gesetzlich begrenzen
Vorlage: 2015/AN/0629-01 (SN)
 - 4.3 Beschlussvorlagen
 - 4.4 Satzung über die Festlegung von Schuleinzugsbereichen für die allgemein bildenden Schulen in kommunaler Trägerschaft der Hansestadt Rostock
(Schuleinzugsbereichssatzung)
Vorlage: 2014/BV/0486
- 5 Sanierung und Kapazitätserweiterung des Asylbewerberheimes
-Informationen aus der Sitzung des Ortsbeirates vom 05.02.2015-
- 6 Einvernehmen der Gemeinde nach § 36 BauGB für das Bauvorhaben (Bauantrag)
"Neubau Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber, Bebauungsplan-Nr. 08.W.131
"Wohn- und Sportpark Tannenweg", Satower Str. 130", Az.: 00300-15
Vorlage: 2015/BV/0715
- 7 Wünsche und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner
- 8 Informationen des Ortsamtsleiters und des Ortsbeiratsvorsitzenden
- 9 Verschiedenes

Protokoll:

(öffentlich)

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
--

Herr Zimmermann eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Der Ortsbeirat ist mit 7 Mitgliedern beschlussfähig.

TOP 2 Änderungen der Tagesordnung
--

Dem Ortsbeirat wird eine Nachtragstagesordnung vorgelegt.
Frau Dr. Koch bittet darum, TOP 4.1 und TOP 4.2 in der Reihenfolge zu tauschen bzw. zusammenzufassen
Die Nachtragstagesordnung wird mit dieser Änderung einstimmig beschlossen.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.02.2015

Frau Dr. Koch bittet um folgende Ergänzung zu TOP 4:

Die Aussagen von Senator Bockhahn über die
Unterschiede zwischen

->Asylbewerbern

->Flüchtlingen

->Kontingentsflüchtlingen ins Protokoll zu nehmen.

(siehe Anlage Protokoll)

Frau Dr. Schmidt bittet um die Ergänzung des Wortes „Unterstützung“
unter TOP 4; Absatz 3; 1.Satz.

Die Niederschrift wird mit den Änderungen angenommen.

TOP 4 Anträge

TOP 4.1 Dr. Steffen Wandschneider für die Fraktion der SPD Mietpreisanstieg in Rostock gesetzlich begrenzen Vorlage: 2015/AN/0629

Herr Zimmermann macht einige kurze Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung und
verweist auf die Zuständigkeit in dieser Frage des Landes M-V.

Herr Drecolt schlägt vor, den Antrag nur zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmung des Ortsbeirates hierzu:

-dafür: 4

-dagegen: 3

Der Antrag wird zur Kenntnis genommen.

Herr Wiesner gibt den Hinweis, dass die Ortsbeiräte sich künftig verstärkt in die Erarbeitung des
Mietspiegels einbringen sollten.

TOP 4.2 Mietpreisanstieg in Rostock gesetzlich begrenzen Vorlage: 2015/AN/0629-01 (SN)

siehe TOP 4.1.

TOP 4.3 Beschlussvorlagen

TOP 4.4 Satzung über die Festlegung von Schuleinzugsbereichen für die allgemein bildenden Schulen in kommunaler Trägerschaft der Hansestadt Rostock (Schuleinzugsbereichssatzung)
Vorlage: 2014/BV/0486

Herr Bockhahn gibt Erläuterungen zum Entwurf der Schuleinzugsbereichssatzung. Die Notwendigkeit für die Beschlussfassung der Satzung über die Festlegung von Schuleinzugsbereichen für die allgemein bildenden Schulen in kommunaler Trägerschaft der Hansestadt Rostock ist das Bestreben der Landesregierung eine Änderung des Schulgesetzes für MV hinsichtlich des §113 „Schülerbeförderung“ von 2013 nunmehr auch für die kreisfreien Städte herbeizuführen.

Das aktuelle Schulgesetz beschränkt die Erstattungen für die Aufwendungen der Schüler in der Schülerbeförderung nur auf die Landkreise.

Diese Ungleichbehandlung zwischen den Landkreisen und den kreisfreien Städten in MV soll mit dem eingebrachten Gesetzesentwurf aufgehoben werden.

Das setzt den Erlass einer Satzung über die Festlegung von Schuleinzugsbereichen in Rostock voraus.

Eine Schülerbeförderung oder Erstattung der notwendigen Aufwendungen erfolgt nur dann, wenn die Entfernung zwischen dem Wohnort des Schülers und der örtlich zuständigen Schule aufgeteilt nach Klassenstufen eine bestimmte Anzahl von Kilometern übersteigt.

Die Erstattung beschränkt sich nur auf den direkten Schulweg.

Bisher gibt es in Rostock eine bezuschusste Monatskarte für Schüler und eine freie Schulwahl. Beides soll beibehalten werden.

Der Schuleinzugsbereich soll sich auf die gesamte Hansestadt beziehen.

Frau Dr. Koch ergänzt, dass die Umsetzung nicht kurzfristig erfolgen kann.

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	5
Dagegen:	
Enthaltungen:	2

Angenommen	X
Abgelehnt	

TOP 5 Sanierung und Kapazitätserweiterung des Asylbewerberheimes
-Informationen aus der Sitzung des Ortsbeirates vom 05.02.2015-

Herr Zimmermann erklärt, dass zu der letzten Ortsbeiratssitzung dieser Tagesordnungspunkt nicht veröffentlicht werden konnte. Es war daher erforderlich, den Tagesordnungspunkt auf die heutige Tagesordnung zu nehmen, um die Bürger einzubeziehen.

Herr Bockhahn erläutert die Dringlichkeit des Antrages zum Ausbau des Asylbewerberheimes Satower Straße von bisher 287 auf 399 Plätze.

Rostock habe in der Vergangenheit 300 Asylbewerber pro Jahr aufnehmen müssen.

Ab diesem Jahr sind es 750- 800 Asylsuchende für Rostock.

Die Asylsuchenden werden nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer aufgeteilt.

Mecklenburg/Vorpommern (MV) hat eine Aufnahmepflicht von 2,04%.

Für den Zeitraum der Asylbearbeitung ist eine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften gesetzlich geregelt. Die zentrale Aufnahmestelle für M-V befindet sich in Horst.

Herr Seefeld und Herr Rieck, KOE, stellen die geplante Bebauung vor. In der 1.Ausbaustufe sind es zwei Gebäude für 44 Personen (Fertigstellung bis Ende 2015). In der 2.Ausbaustufe werden es zwei Gebäude für 68 Personen sein.

Es wurden Baufelder für die Erschließung mit Wasser, Strom und Telefonleitungen freigemacht. Es werden baufällige Gebäude abgerissen, Straßen und Wege auf dem Gelände sowie eine

Regenentwässerung errichtet. Deshalb mussten im Vorfeld eine Anzahl von Bäumen gefällt werden.

Eine Bürgerin äußert ihre Bedenken zur Einhaltung des B-Planes Wohn-und Sportpark Tannenweg. 2002 wurde den Anwohnern versprochen, dass das Asylbewerberheim in ca 10 Jahren abgerissen wird und dort eine Wohnbebauung entsteht.

Herr Brosemann kritisiert die seit Jahren schlechten Wege zum Asylbewerberheim und Wohngebiet Tannenweg und die fehlende Beleuchtung. Er plädiert für Beschäftigungsmöglichkeiten der Asylbewerber, und dass die Sporteinrichtungen, die entstehen, auch für Anwohner zugänglich werden, um die Integration zu fördern.

Antwort Herr Rieck:

Bezugnehmend auf die Nachfragen zum Bau einer gemeinsamen Sportanlage für Asylbewerber und Anwohner erklärt Herr Rieck, dass 2016 auf dem Gelände eine Multifunktionssportfläche errichtet wird, die auch öffentlich genutzt werden kann.

Herr Zimmermann hinterfragt, warum nicht so wie im B-Plan 2002 vorgesehen eine mehrgeschossige Bebauung erfolgt. Außerdem stimmt der Inhalt des B-Planes nicht mit dem jetzigen Vorhaben überein, da langfristig das Asylbewerberheim **zugunsten** einer mehrgeschossigen Wohnbebauung weichen sollte. Könnte man nicht diese geplante Wohnbebauung für die Asylbewerber nutzen und später dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stellen?

Herr Weinges

Da die Asylbewerber in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind, entspricht das Vorhaben nicht dem B-Plan von 2002.

Antwort Herr Bockhahn

Bei einer mehrgeschossigen Bebauung fallen mehr Kosten an, da erhöhte Brandschutzmaßnahmen und Barrierefreiheit notwendig sind.

Herr Wiesner informiert über ein Schreiben des Amtes für Stadtplanung, nach dem die Erweiterung des Asylbewerberheimes rechtlich nach dem Bebauungsplan zulässig ist, da die Gemeinschaftsunterkunft nur ein Teil des Wohngebietes darstellt und somit nicht gegen die Grundsätze des B-Planes verstoßen wird.

Herr Meister, Öko-Haus e.V. befürwortet die Öffnung des Geländes des Asylbewerberheimes für die Öffentlichkeit. Es gibt bereits mehrere Angebote für Kinder von verschiedenen Sportvereinen und der Universität in Rostock. Der Verein fördert auch bestimmte Projekte, z.B. Sprachkurse. Der Aufenthalt im Asylbewerberheim dauert im Normalfall ca 7 Monate.

Frau Dr. Koch fragt, ob der Weg von der Endhaltestelle Straßenbahn bis ins Wohngebiet bei der Planung berücksichtigt wurde.

Herr Rieck

Es wurde bis jetzt nicht berücksichtigt. Herr Rieck wird prüfen, ob die Sanierung des vorhandenen Weges zum Asylbewerberheim erfolgen kann.

Herr Drecoll

Der Name „Wohn-und Sportpark“ Tannenweg wurde nie geändert, obwohl der Teil für die

Sportflächen nicht bebaut wurde.

Vorschlag Herr Wiesner

Der Ortsbeirat schlägt vor, in eine Diskussion mit dem Amt für Stadtplanung zur Aktualisierung des B-Planes einschließlich des Namens zu treten.

Festlegung: Herr Wiesner bespricht hierzu einen ersten Beratungstermin mit dem Amt für Stadtplanung.

**TOP 6 Einvernehmen der Gemeinde nach § 36 BauGB für das Bauvorhaben (Bauantrag) "Neubau Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber, Bebauungsplan-Nr. 08.W.131 "Wohn- und Sportpark Tannenweg", Satower Str. 130", Az.: 00300-15
Vorlage: 2015/BV/0715**

Herr Wiesner erläutert den Zusammenhang zwischen der Information im TOP 5 und diesem Antrag auf Erteilung des Einvernehmens der Gemeinde

Der Ortsbeirat stimmt dem Bauvorhaben mehrheitlich zu.

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	5
Dagegen:	
Enthaltungen:	2

Angenommen	x
Abgelehnt	

TOP 7 Wünsche und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Weinges

Im Dahlienweg/ Ecke Groß Schwaßer Weges muss die Hecke geschnitten werden (Sichtbehinderung)

Herr Brosemann erhält keinen Stadtanzeiger

Herr Wiesner

Hinweise zum Heckenschnitt können dem Ortsamt mitgeteilt werden.

Ebenfalls wird die Pressestelle informiert, dass in der Rennbahnallee kein Stadtanzeiger ausgeliefert wird.

TOP 8 Informationen des Ortsamtsleiters und des Ortsbeiratsvorsitzenden

Herr Zimmermann

Am 10.März 2015 findet eine Informationsveranstaltung zum Haushaltsrecht und Grundsätzen der kommunalen Doppik für die neuen Ortsbeiräte statt. (Teilnahme Frau Schweinitz)

Am 16.03.2015 findet eine Beratung im Amt für Stadtplanung zur Untersuchung von künftigen Wohngebieten in Biestow/ Kringelhof statt.

In der vergangenen Sitzung wurden die Straßenreinigungssatzung und der Winterdienst im Groß-Schwaßer-Weg angesprochen. Das Ortsamt hat hierzu einen Auszug aus der Straßenreinigungssatzung zur Verfügung gestellt. Demnach fällt die Zuständigkeit im Groß-Schwaßer-Weg auch an die angrenzende Kleingartenanlage.

Am 20.03.2015 findet in der Hansemesse eine Ehrenamtsmesse statt.

Herr Senator Matthäus hat nun in einem Schreiben auf Anfragen der 3 OBR reagiert und alle Vorschläge des OBR Gartenstadt/Stadtweide innerhalb der Verkehrskonferenz einzeln bewertet und geordnet.

Dieses Schreiben übergibt Herr Zimmermann dem Ausschuss UBV und bittet ihn um eine Empfehlung spätestens zur Sitzung im Mai.

Die Suppenküche in Toitenwinkel bittet um Unterstützung bei der Suche von neuen Räumlichkeiten.

In der OBR-Sitzung im April wird das Tief- und Hafenbauamt die Sanierung des Tannenweges „Vorstellung der Ausführungsplanung „Straßenbau Tannenweg“, Informationen zu Straßenausbaubeiträgen, vorstellen.

Herr Wiesner

Es liegt eine Information vor zum Straßenbaubeitragsverfahren „Erneuerung der Straßenbeleuchtung Dahlienweg“

Der Kinderspielplatz „Im Garten“ bleibt ein öffentlicher Spielplatz.

Die Schulung für die neuen OBR-Mitglieder findet am 30.03.2015, 17.00 Uhr im Ortsamt West statt.

Dem Ortsamt liegt ein Bauantrag der Bundesagentur für Arbeit vor: (Bau eines Windfangs)
Der OBR nimmt den Bauantrag einstimmig zur Kenntnis.

Es gab eine Abstimmung zur Vorplanung Geh- und Radweg Groß-Schwaßer-Weg.
Die vorliegende Planung wurde vom Amt für Stadtgrün und dem Verband der Gartenfreunde abgelehnt. Nach Aussage des Verbands können als Kündigungsgrund entsprechend Bundeskleingartengesetz nur ein gültiger B-Plan oder ein Planfeststellungsbeschluss herangezogen werden.
Somit ist ein weiteres Verfahren sehr fraglich.

Es gibt eine Klage gegen die Stadt zur Markierung des Radweges auf dem Gehweg Trotzenburger Weg (Information der Verkehrsbehörde). Die Markierung des Radweges muss wieder aufgehoben werden.

Wie in den vergangenen Jahren ruft die Internetzeitung „Das ist Rostock“ am 25.04.2015 zum Frühjahrsputz im Barnstorfer Wald auf. Die Uhrzeit wird rechtzeitig bekannt gegeben.

Zur Zeit finden wieder Befragungen des Statistischen Landesamtes zum Mikrozensus statt, die nicht abgelehnt werden können.

Die kommunale Statistikstelle bietet eine Ergebnispräsentation zur Kommunalen Bürgerbefragung 2013 in den OBR an.
Ein Termin wird über das Ortsamt vereinbart.

TOP 9 Verschiedenes

Keine Informationen